

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Druck- oder Verlagsanstalten, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachläß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnisdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Fröbbers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 142

Freitag, den 21. Juni 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Gemeinden Lichtenberg, Großnaundorf, Höckendorf, Kleindittmannsdorf und Mittelbach haben sich unter dem Namen „Verbandsparkasse zu Lichtenberg und Umgebung“ zu einem Zweckverband im Sinne von §§ 160 ff. der Gemeindeordnung zusammengeschlossen. Die von dem Verbands beschlossene Satzung hat das Ministerium des Innern genehmigt; sie kann jederzeit bei der Amtshauptmannschaft oder bei den betreffenden Gemeindebehörden eingesehen werden.

Die Satzung gilt hiermit als veröffentlicht und tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige „Satzung für die Gemeindeverbands-Sparkasse zu Lichtenberg“ vom 5. Januar 1912 außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 14. Juni 1929.

In das Vereinsregister ist am 19. Juni 1929 unter Nummer 29 der Motorrad-Club Weiskauß 1928, eingetragener Verein mit dem Sitz in Großhörnisdorf eingetragen worden.
Amtsgericht Pulsnitz, am 20. Juni 1929.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz N. S., 21. Juni. (Zusammenstoß zwischen Motorrad und Fahrrad.) Gestern Abend in der siebenten Stunde hat sich auf der Dresdener Straße in Pulsnitz N. S., dort, wo die Mittelbacher Straße in die Dresdener Straße einmündet, ein Unfall ereignet, wobei 2 Personen erheblich verletzt worden sind. Eine in Pulsnitz wohnende Radfahrerin, die auf ihrem Fahrrad von der Mittelbacher Straße herkommend, in weitem Bogen in die Dresdener Straße rechts einbiegen wollte, stieß mit einem in Ramenz wohnenden Motorradfahrer, der von Pulsnitz in Richtung Kadoberg fuhr, zusammen. Dabei stürzten beide um und wurden auf das Straßenpflaster geschleudert. Die auf dem Sozius sitzende Ehefrau des Motorradfahrers wurde dabei ebenfalls auf die Straße geschleudert. Während die Radfahrerin und die Ehefrau des Motorradfahrers Verletzungen davontrugen, blieb der Motorradfahrer unverletzt. Die Sanitäter Kreißel, Schreier und Schäfer waren sofort zur Stelle und leisteten die erste Hilfe. Durch den sofort herbeigerufenen Arzt Dr. Viertel wurde bei beiden Verletzten Gehirnerschütterung, Verletzungen an Nase und Kopf festgestellt. Nach Anlegen von Verbänden wurden die Verletzten mittels Personen- bzw. Krankenkräftewagens aus Ramenz in ihre Wohnungen gebracht. Die Erörterungen über die Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen, da die Verletzten zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig sind.

— (Baudarlehen zur Errichtung von Landarbeiterwohnungen.) Wie uns aus Dresden gemeldet wird, hat das Arbeitsministerium die Verordnung über Baudarlehen aus Reichs- und Landesmitteln zur Errichtung von Landarbeiterwohnungen in verschiedenen Punkten abgeändert. So werden den Landarbeitern die Fortarbeiter, die ländlichen Zeitarbeiter und die ländlichen Handarbeiter gleichgestellt. Von der Förderung ausgeschlossen sind Bauvorhaben solcher ländlicher Arbeitnehmer, denen eine Anwartschaft auf ländlichen Besitz oder auf Vermögen anderer Art zusteht, das geeignet ist, ihnen eine selbständige Existenz zu bieten. Gefördert werden kann nur der Bau von solchen Wohnungen, deren Wohnfläche 70 Quadratmeter nicht überschreitet. Ausnahmen können höchstens bei kinderreichen Familien oder bei Um- und Einbauten gemacht werden.

— (Veranstaltungen der sächsischen Landwirtschaft.) Der Kreisverein ländlicher Reiter- und Fahrvereine für die sächsische Oberlausitz veranstaltet am 13. und 14. Juli in Zittau sein 3. großes Verbandsturnier. Ausschreibungen sind in der Geschäftsstelle Zittau erhältlich. (Hotel „Weißes Roß“, Oststraße 2). — Der Verbandstag des Landesziegenzuchtverbandes Sachsen, der am 14. Juli in Auerbach i. Erzgeb. stattfindet, bringt u. a. einen Vortrag von Landwirtschaftsrat Böhmer (Wauzen) über: „Die Oberlausitzer weiße Edelsiege“. Mit der Tagung ist eine Landesziegenschau verknüpft.

— (Kostbefall des Getreides.) Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß man den Kostbefall des Getreides daran erkennt, daß die Blätter, Blattstiele und Halme mißfarbige Flecken bekommen, auf denen gelbliche und schwärzliche Pusteln erscheinen, die ein feines Pulver enthalten. Diese Pusteln werden von bestimmten Pilzen (Kostpilzen) hervorgerufen. Direkte Bekämpfungsmittel sowohl gegen den Gelbrost (besonders an Weizen zu finden), als auch gegen den im Juli erscheinenden Schwarzrost gibt es nicht. Man kann dem Kostbefall lediglich bis zu einem gewissen Grade vorbeugen durch Einschränkung der Erntestückelung und erhöhte Gaben von Phosphorsäure und Kalisalzen.

Europäische „Sicherheits“-Konferenz Ende des Jahres?

Die Pariser Unterredung über den Young-Plan

Getreidehandelsmonopol gefallen? — Henderson über Krieg und Frieden

Paris. Die Lektüre der Pariser Presse bestätigt den Eindruck, daß die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand, an der für die Dauer von 25 Minuten auch Poincaré teilnahm, nicht sehr ergebnisreich gewesen ist. Man hat nur über Fragen der Prozedur gesprochen, d. h. sich darüber unterhalten, wie die große politische Konferenz, auf der die Staatsmänner Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens zueinander Festlegung des Zeitpunktes für das Inkrafttreten des Young-Plans zusammenkommen sollen, auf schnellstem Wege praktisch bewerkstelligt und parlamentarisch vorbereitet werden kann.

Briand und Poincaré haben den Reichsaußenminister davon in Kenntnis gesetzt, daß die französische Regierung entschlossen ist, noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerferien sowohl die Schuldenabmachungen mit England und Amerika als auch das neue Reparationssystem durch Kammer und Senat ratifizieren zu lassen.

Sie haben Dr. Stresemann aufgefordert, sich seinerseits für eine rasche Annahme des Young-Plans in Deutschland einzusetzen und zugleich mit Frankreich in diesem Sinne auch auf die Regierungen Englands, Belgiens und Italiens einzuwirken. Die politische Konferenz soll etwa am 15. Juli stattfinden. Deutschland und Frankreich werden für die Wahl eines neutralen Konferenzortes eintreten und den übrigen interessierten Mächten wahrscheinlich Lausanne, Luzern oder Basel vorschlagen.

Allerdings macht man sich darauf gefaßt, daß von englischer Seite vielleicht angeregt werden könnte, die Konferenz nach London einzuberufen, und es scheint, daß Briand und Poincaré diesem Wünsche entsprechen würden.

Von der Rheinlandräumung wird in der französischen Presse nur in recht dürftiger Form gesprochen. Poincaré soll mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß auf der kommenden Konferenz bereits die Räumungsdaten festgelegt werden. Nicht interessant ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung, daß gegen Ende des Jahres eine neue europäische Konferenz stattfinden solle, auf der die Sicherheitsprobleme zusammen mit den wirtschaftlichen Fragen zu behandeln wären.

Außenminister Dr. Stresemann, der Paris erst am Mittwochabend spät verlassen hat, traf am Donnerstag nachmittag wieder in Berlin ein. Das Reichskabinett wird sofort über die Madrider Besprechungen und über die Verhandlungen, die der Außenminister in Paris mit Poincaré und Briand hatte, unterrichtet werden.

Getreidehandelsmonopol gefallen?

Wie die „DAB“ zu berichten weiß, nahm an der Sitzung des Sachverständigenausschusses über das Agrarprogramm der Reichsernährungsminister Dietrich teil. Es wurde neuerlich noch in letzter Stunde die bereits ziemlich weit gediehenen Pläne für das Getreidehandelsmonopol wieder zu befestigen. Es wurde versucht, mindestens über die Zollfrage noch soweit eine Verständigung herbeizuführen, daß wenigstens dieser Teil des Agrarprogramms noch vor der Sommerpause verabschiedet werden könne. Tatsächlich könne das Getreidehandelsmonopol bereits als gefallen gelten, auch in den Fraktionen begegne es zunehmenden Widerständen. Der „Vorwärts“ setzt sich mit den Angriffen der demokratischen Presse gegen das Getreidehandelsmonopol und damit gegen die Sozialdemokratie auseinander und sagt, der Monopolplan bedeute einen Versuch, deutschen Erzeugern und Verbrauchern einen Ausgleich herbeizuführen. Zollerhöhungen aber seien ein einfacher Raubzug gegen die Verbraucher in dessen Gewinn sich die Getreideproduzierenden Landwirte mit dem Zwischenhandel teilten. Der „Vorwärts“ schreibt, die Regierungskoalition werde vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Geschlossen würde sie für eine Monopollösung keineswegs eintreten. Unter allen Umständen würde die demo-

kratische Fraktion gegen eine solche Vorlage stimmen. Daß sie daraus die Konsequenzen ziehen würde, aus der Regierung auszuschließen, sei allerdings nicht zu erwarten. Schon deshalb nicht, weil sie sich einen Einfluß auf die Durchführung und Kontrolle eines Monopols sichern möchte. Der demokratische Reichsernährungsminister könne und wird jedenfalls nicht einen Gegenentwurf für ein verschleiertes Getreidehandelsmonopol einbringen.

Henderson über Krieg und Frieden

Paris, 20. Juni. Der „Soleil“ veröffentlicht eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit dem jetzigen englischen Außenminister Henderson über die Organisation des Friedens. „Ich bin der Ansicht“, erklärte Henderson, „daß die Stunde geschlagen hat, um zu Taten überzugehen. Es genügt nicht mehr einen abstrakten Friedenswillen zu betonen. Man muß den Frieden auch organisieren. Man kann und man muß abstrahieren. Der Völkerbund hat eine technische Arbeit von größter Bedeutung geleistet, deren Verdienst dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß zufällt. Aber genug der unfruchtbaren Entschuldigungen. Man muß so früh wie möglich die Abrüstungskonferenz einberufen.“ Zu den deutsch-französischen Beziehungen erklärte Henderson: „Seit langen Jahren haben wir Engländer nach besten Kräften daran gearbeitet, die Kriegserregung zwischen diesen beiden großen Ländern zu verjagen. Große Ergebnisse wurden schon erreicht. Ich bin der Ansicht, daß die logische Folge von Locarno die Räumung des Rheinlandes ist. Es ist noch einer der großen Widersprüche unserer von der Sorge um den Frieden beherrschten Zeit, daß fremde Heere innerhalb der Grenzen Deutschlands lagern. Die Frage des Friedens oder des Krieges ist heute die Lebensfrage aller Probleme geworden, die in der Welt aufgerollt sind. Ich glaube auch, daß wir die Mittel haben, das Kriegsgeschehen niederzuwerfen.“

Die 50-Millionen-Dollar-Auslandsanleihe perfekt.

Der Abschluß der 50-Millionen-Dollar-Anleihe für das Reich wird von interessierter Bankseite bestätigt. Der Vertragspartner der drei deutschen Banken ist — das Reich tritt als Anleihenehmer direkt nicht auf — eines der größten amerikanischen Bankhäuser. Die Laufzeit des Kredites, die ursprünglich sechs Monate betragen sollte, dürfte etwas darüber hinausgehen mit Rücksicht darauf, daß sonst der Rückzahlungstermin mit dem Jahresresultato zusammengefallen wäre, wodurch sich für den Geldmarkt eine erhebliche Belastung ergeben hätte.

Der amerikanische Kongreß stimmte der Stundung der am 1. August fälligen französischen Schuldzahlung von 400 Millionen Dollar bis zum 1. Mai 1930 zu.

Frankreich und die deutsche Saar.

Saarbrücken. Der in letzter Zeit sehr aktiven Tätigkeit der „Association française de la Sarre“ müßte von deutscher Seite eine größere Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden, deren Ziel es ist, „den provisorischen bis zum Jahre 1935 vorgesehenen Zustand in einen dauernden umzuwandeln“. In der saarländischen Presse werden die Machenschaften dieser Beutegierigen sehr ernst genommen.

In einer Sitzung dieser Vereinigung, an der, wie aus Paris gemeldet wird, drei Deputierte, vier Senatoren, französische Großindustrielle und andere prominente Persönlichkeiten teilnahmen, gelangte ein Beschluß zur Annahme, in der der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß sich die französische Regierung zu einer Preisgabe der französisch-saarländischen Interessen nicht hergeben werde. Der Völkerbund sei die einzige geeignete Instanz, das Saargebiet zu verwalten. Ein Senator teilte mit:

„Ich habe damals, als ich hörte, daß die Sachverständigen das Saarproblem behandeln sollen, Herrn Poincaré sofort Material über die Saarfrage zugestellt. Der Ministerpräsident las die Dokumente und ordnete an, daß die französischen Sachverständigen die Aussprache über das Saargebiet ablehnen sollen.“

